Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0025/2011
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	29.03.2011	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Neuorganisation der SGB II-Aufgabenwahrnehmung, Information über den Sachstand

Inhalt der Mitteilung

I. Personelle Maßnahmen

In der Sitzung des Verwaltungsvorstandes vom 31.08.2010 hat der VV der weiteren Abordnung der derzeit in der K-A-S Rhein-Berg eingesetzten Mitarbeiter/innen und deren anschließender Zuweisung zum Jobcenter zu den im Entwurf der „*Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen-Kreis über die Abordnung des zur Wahrnehmung der Aufgaben nach SGB II eingesetzten Personals der Stadt Bergisch Gladbach*“

enthaltenen Bedingungen zugestimmt. Zudem wurde der Fachbereich 1 beauftragt, die weiteren Vertragsverhandlungen zu führen und die personalrechtlichen Maßnahmen umzusetzen.

Die Vereinbarung wurde am 12.11.2010 unterschrieben. Alle bisher in der K-A-S Rhein-Berg eingesetzten städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden zur beabsichtigten Abordnung zum Rheinisch-Bergischen-Kreis und der anschließenden Zuweisung zum Jobcenter für die Dauer vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2015 angehört und haben – mit einer Ausnahme – alle dieser Maßnahme zugestimmt. Folglich wurden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zum 01.01.2010 für die Dauer von fünf Jahren (eine Abordnung bis zum 31.12.2013 mangels Zustimmung) abgeordnet und dem zum 01.01.2011 gegründeten Jobcenter Rhein-Berg zugewiesen.

II. Kosten

Die Kostenerstattung für den Einsatz der städtischen Mitarbeitenden wurde ebenfalls in der

oben genannten Vereinbarung geregelt.

III. Entscheidungsbefugnis / Zuständigkeiten

Zurzeit laufen Verhandlungen zur Konkretisierung der einzelnen Zuständigkeiten und der Durchführung von Verfahrensabläufen mit dem Jobcenter und dem Rheinisch-Bergischen-Kreis. Als erstes Verhandlungsergebnis ist festzuhalten, dass die Befugnisse der Stadt für Maßnahmen, im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnis, mit Höhergruppierungen und Beförderungen gestärkt wurden. Das Ergebnis der Verhandlungen soll in einer Zuständigkeitsliste festgehalten werden.

IV. Ausblick

Langfristig wird im Jobcenter eine personelle Besetzung von 50 % durch Beschäftigte der Bundesanstalt für Arbeit und 50 % kommunaler Beschäftigter angestrebt. Zur Umsetzung sollen zunächst die befristeten Beschäftigungsverhältnisse aufgelöst werden, so dass die Stadt von solchen Maßnahmen nicht betroffen sein wird.

Der künftige Stellenplan hängt von der Entwicklung des Betreuungsschlüssels ab, der seinerseits von der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen abhängig ist. Zuständig für die Festsetzung des Betreuungsschlüssels und die Aufstellung bzw. die Genehmigung des Stellenplanes ist die Trägerversammlung des Jobcenters. In dieser werden die Kommunen im Rheinisch-Bergischen-Kreis derzeit durch Herrn Weik - Bürgermeister der Stadt Wermelskirchen - und stellvertretend durch Herrn Mumdey vertreten, so dass die Kommunen in den Entscheidungsprozess mit eingebunden sind.

Zu Beginn des Jahres 2013 sollte in die Personalplanung nach dem 31.12.2015 eingetreten werden.